

Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inwärtigen Verkehr monatlich 1,75 RM. Einzelnummer 1 Pfg. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbüttel, Kreis Wildbad. — Bankkonten: Enzthalbank G. m. b. H., Wildbad; Vorheimer Gemeindefabrik Filiale Wildbad. — Postkonten 291 74 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grenzpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Verteilungspreis 60 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Abgabe von Aufträgen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 8 Uhr vormittags. — In Konkurrenzfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Rückgewähr weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Gaf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 96. Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

Koalitionsgerüchte

In Berlin schwirren gegenwärtig Gerüchte über eine grundlegende Aenderung der parteipolitischen Koalitionsverhältnisse. Es wird gesagt, die Regierung Brüning habe eingesehen, daß die geplante Reform mit der Sozialdemokratie namentlich hinsichtlich der Zölle und der Sozialversicherung nicht zu machen sei und daß sie sich daher nach rechts „orientieren“ wolle. Auch in der Reichsregierung sei man zu der Ueberzeugung gekommen, daß der nächste preussische Landtag, der spätestens im Frühjahr 1932 gewählt wird, ein wesentlich anderes Aussehen haben werde, als der gegenwärtige, in dem die Regierung ohnedies nur über eine kleine Mehrheit verfüge. Nun ist über diese Frage zwischen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und dem führenden Blatt des Zentrums, „Germania“ eine offene Auseinandersetzung entstanden, die zu beweisen scheint, daß den Gerüchten etwas Tatsächliches zugrunde liegt.

Unter der Überschrift „Das Zentrum hat das Wort“ wirft die „D. A. Z.“ die Frage auf, wie einschneidende Reformen auf sozialem Gebiet in der nächsten Zeit praktisch durchgeführt werden können. Das Blatt schreibt: „Wer eine vernünftige und im Industriestaat unentbehrliche Sozialpolitik erhalten will, muß den Entschluß finden, die Auswüchse des Versorgungsgedankens zu beseitigen und die Güte des gleichen Anspruchs hoch- und geringwertiger Arbeit bekämpfen, dem Grundsatz der Leistung wieder Geltung verschaffen. Dieses Programm mit Hilfe der Sozialdemokratie durchführen zu wollen, ist eine Unmöglichkeit; sie wird vor einer grundsätzlichen Reform der Finanzen, der Sozialpolitik und des Staatsaufbaus verlagern. So bleibt nur eine taktische Zusammenarbeit des Zentrumspartners und der Zentrumspartei mit allen denjenigen Faktoren, die das Volksbegehren des Stahlhelms in Preußen unterstützt haben. Auch Dr. Hugenberg wird nicht mehr anders denken. Das Zentrum, das im Reich und in Preußen in der Macht sitzt, muß aber den ersten Schritt tun. Die Neuwahlen werden ja sicherlich neue Verhältnisse schaffen. Das Zentrum wird durch Zustimmung zur Aufhebung des preussischen Landtags das Signal und den Anstoß für eine Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen geben müssen.“

Darauf antwortet die „Germania“: „Einer Reihe der grundsätzlichen Forderungen der D. A. Z. kann das Zentrum ohne weiteres zustimmen, aber man wird der Regierung nicht zumuten können, daß sie ihr Programm von vornherein auf eine bestimmte Parteigruppierung einstellt, sondern daß sie die gesamte Lage im Auge hat und daß die Parteien, die gefragt werden, sich sachlich zu entscheiden haben, wo sie stehen wollen. Das Wort hat nicht das Zentrum, sondern die Parteien haben es. Die Regierung Brüning hat niemals den Willen gehabt, irgendeine Partei von sich aus auszuschließen, sondern die Rechte hat sich selbst ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten haben die Regierung Brüning toleriert (geduldet) und die Möglichkeit der Sanierung gegeben, welche die Rechte verweigert hat.“

In einem Prozeß gegen einige Nationalsozialisten wegen eines Ueberfalls auf Kommunisten im Tanzpalast „Eden“, der gegenwärtig vor dem Schwurgericht III in Berlin verhandelt wird, gab der als Zeuge vernommene Adolf Hitler auf eine an ihn gestellte Frage an: „Weder hat Herr Dr. Brüning bei der Unterredung (in der über die Stellung der Parteien zu dem neuen Kabinett Brüning gesprochen wurde) uns eine Regierungsbefehligung angetragen, noch haben wir (die Vertreter der Nationalsozialistischen Fraktion) eine solche mit irgendwelchen Konzeptionen gefordert. Ein Ersuchen des Kanzlers, die SA. aufzulösen, hatte für uns überhaupt nicht in Betracht kommen können, denn das wäre gleichbedeutend mit der Preisgabe unserer Bewegung gewesen. SA. und Nationalsozialistische Bewegung sind eine unzertrennliche Einheit. In jener Unterredung ist darüber mit keinem Wort gesprochen worden.“

Die Rede Briands

Paris, 9. Mai. Die Kammer lehrte gestern die Aussprache über die neun Großen Anfragen zur deutsch-österreichischen Zollgemeinschaft fort. Die meisten Redner stellten die Frage so dar, als ob die Zollgemeinschaft den politischen Anschluß bedeute, der den Verträgen zuwiderläufe. Abg. Franklin-Bouillon behauptete in einer Heftrede, Briand habe sich in den letzten fünf Jahren ständig in seinen Voraussetzungen getäuscht. Der „Anschluß“ sei die Folge des Verlangens der Politik der Verbündeten und ihrer Schwächlichkeit gegenüber Deutschland gegenüber. Daher verlange Deutschland bereits die Aenderung des Youngplans. Seit Monaten gebe es in Deutschland keine Republik mehr, sondern eine Diktatur der Reichswehr (1). Briand könne dies doch nicht gewollt haben. Frankreich werde den Anschluß niemals erlauben.

Briands-Rede

Nach einer Pause begann Außenminister Briand seine Rede: „Nach dem Krieg habe er mit den führenden Männern

Europas eine Politik der „Befriedung“ unternommen trotz aller Widerstände, durch die er auch gestürzt worden sei. Er habe seine Politik mit Männern wie Poincaré verfolgt. Jetzt müsse er mit neuen Widerständen kämpfen. Das Ansehen und der Einfluß Frankreichs seien niemals so groß gewesen wie heute. Jetzt sei es viel schwieriger, einen Krieg zu unternehmen, als früher. Der Anschlußverlauf, dem man jetzt gegenüberstehe, habe einen wirtschaftlichen Charakter. Gegenwärtig sei aber die wirtschaftliche Seite viel beforgnis-erregender als die politische. Es sei begreiflich, daß sich der ganze Welt eine „Erregung“ bemächtigt habe. Frankreich habe dieses Ereignis mit einem „Gefühl der Bitterkeit“ bezeichnet. Deutschland habe einen schweren Fehler begangen.

Man stelle ihn, Briand, als schlechten Franzosen, als international eingestellten Politiker und als Staatsmann hin, der sich besteuere lasse, um seinem Land zu schaden. Gewisse Leute sehen sich für die Wiederbesetzung von Mainz ein; aber kein Redner in der französischen Kammer habe eine derartige Lösung vorgeschlagen. Das französische Außenministerium sei durch die deutsch-österreichischen Zollangleichungsverhandlungen nicht überrascht worden. Deutschland und Oesterreich behaupten, nicht gegen die Verträge zu verstoßen. Derartige Fragen werden vom Völkerbundrat geprüft werden. Die Unabhängigkeit Oesterreichs sei unverwundbar außer mit Zustimmung des Völkerbundsrats. In dieser Hinsicht fürchte er nichts. Europa sei das Opfer eines furchterlichen Wirrwarrs. Die erste Regierung Deutschlands sei gewesen, auf die Aufforderung Englands, die Frage vor den Völkerbundrat zu bringen, mit Nein zu antworten. In Genf werde man nachprüfen, wieweit Deutschland im guten Glauben gehandelt habe.

Deutschland und Oesterreich erklärten: Wir haben das Recht, einen solchen Plan vorzubereiten. Wir, wir sagen: Nein! hätte Oesterreich, als es das Anleiheabkommen von 1922 abschloß, gewagt zu behaupten, daß es den Hintergedanken habe, eine Zollabkommen mit Deutschland abzuschließen? Nein! Das ist der beste Beweis dafür, daß Oesterreich nicht das Recht hierzu hat. Was man in der Vergangenheit nicht habe regeln können, werde man in der Zukunft verwirklichen.

Eine große Bemühung zur europäischen Solidarität werde unternommen werden. Er hoffe, daß der Nachfolger Stresemanns begreifen werde, daß die Zeit der Zwangs- politik vorbei sei. Frankreich müsse Geduld zeigen und seine Vorsichtsmaßnahmen treffen, um einen Krieg mit einem 70-Millionen-Nachbarn zu vermeiden, denn der Krieg wäre eine nicht wiedergutzumachende Katastrophe. Aber das französische Volk halte seine Augen offen.

Frankreich stehe nicht allein. Nicht nur der kleine Verband, sondern auch noch andere Völker stehen ihm zur Seite. Frankreich habe sich mit dem Frieden gleichgestellt. Es sei bereit, mit allen Nationen zusammenzuarbeiten. Durch eine solche Politik verkleinere sich Frankreich nicht.

Dann wurde die Sitzung auf zwei Stunden unterbrochen. In dieser Zeit einigten sich die Vertreter der hauptsächlichsten Parteien der Regierungsmehrheit auf folgende Tagesordnung:

Die Kammer beteuert ihre Zustimmung zu einer Politik internationaler Verständigung und einer weitgehenden ethischen Zusammenarbeit der Völker Europas; sie verurteilt formell den Plan der deutsch-österreichischen Zollgemeinschaft, der im Widerspruch zu dieser Politik und zu den Verträgen stehen würde. Die Kammer billigt daher die Erklärungen der Regierung und spricht ihr Vertrauen aus und geht zur Tagesordnung über.

Die Regierung nahm die Tagesordnung an. Von sozialistischer Seite wurde beantragt, eine Stelle in der Tagesordnung zu streichen. Ministerpräsident Laval stellte die Vertrauensfrage. Der soz. Antrag wurde darauf am frühen Morgen mit 470 gegen 115 Stimmen abgelehnt und die Tagesordnung mit allen abgegebenen 470 Stimmen angenommen.

Die Pariser Presse meint zum Teil, wenn man von der Rede Briands die üblichen schönen Worte abziehe, so bleibe kein Inhalt übrig.

Neue Nachrichten

Der Eindruck der Briand-Rede in Berlin

Berlin, 10. Mai. Die Rede Briands in der Kammer wird in hiesigen politischen Kreisen als die übliche Kandidatenrede eines Präsidenschaftsanwärters bezeichnet. Wenn die Rede auch im allgemeinen in der Form milder gehalten ist, als man erwartet hätte, sind doch in ihr eine ganze Reihe von Punkten enthalten, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Der Hinweis Briands auf die durch die deutsch-österreichischen Zollpläne in aller Welt hervorgerufene „Erregung“ dürfte insofern erhebliche Uebertreibungen enthalten, als von einer Erregung nur in Frankreich und der Tschechoslowakei zu sprechen ist, und diese Erregung von Frankreich künstlich hochgezückt wurde. Die Haltung der übrigen Staaten ist durchaus ruhig und abwartend. Auch die Behauptung Briands, Italien habe am ersten Tag

der Bekanntgabe der Zollpläne in Wien protestiert, paßt sich nicht mit den Tatsachen. Beachtenswert in der Rede Briands ist auch der Hinweis, der Anschlußverlauf, dem man sich jetzt gegenüberstehe, habe einen wirtschaftlichen Charakter. Bisher haben die französischen Staatsmänner immer von dem politischen Charakter der Zollunion gesprochen. Besondere Beachtung verdient ferner, daß Briand wieder keine Einzelheiten über seine Gegenentwürfe bringt. In der angenommenen Bertragsabstimmung der Kammer, die von einer Beurteilung des Plans der deutsch-österreichischen Zollunion spricht, erblickt man eine unerblichste Einmischung in deutsch-österreichische Angelegenheiten.

Panzerschiff A „Deutschland“

Berlin, 10. Mai. Das neue Panzerschiff A, das am 19. Mai vom Stapel laufen soll, wird von dem Reichspräsidenten auf den Namen „Deutschland“ getauft werden. Die A. D. Z. bemerkt dazu, daß der Name des Schiffs, der, wie üblich, erst bei der Taufe bekanntgegeben werden sollte, durch einen Vertrauensbruch bekannt geworden ist.

Der preussische Volksentscheid voraussichtlich Anfang August

Berlin, 10. Mai. Die Vorlage über die Auflösung des preussischen Landtags wird voraussichtlich Ende Juni im Landtag zur Beratung gestellt werden. Man rechnet damit, daß für den Volksentscheid selbst der 2. oder 9. August festgelegt werde.

150 Millionen Fehlbetrag in Preußen

Berlin, 10. Mai. Im preussischen Landtag teilte Finanzminister Höpfer-Schöf mit, das mit dem 1. April 1931 abgeschlossene Rechnungsjahr wweise einen Fehlbetrag von 150 Millionen Mark auf, der durch kurzfristige Schuldaufnahmen gedeckt werden müsse. Sämtliche Rücklagen des Staats seien aufgebraucht.

Der Kern des Briandschen Gegenplans

Budapest, 10. Mai. In hiesigen diplomatischen Kreisen will man wissen, daß zwischen Deutschland, Frankreich und England vereinbart worden sei, den deutsch-österreichischen Zollvertragsplan nicht in der Genfer Ratifikation zu verhandeln, sondern unmittelbar dem Haager Schiedsgericht Hof zur Begutachtung zu unterbreiten. Dagegen wolle Briand in Genf vorschlagen, die im Artikel 222 des St. Germainer und Artikel 205 des Trianoner Friedensvertrags enthaltenen Bestimmungen, die sich auf die Schaffung eines Vorzugszollsystems im gegenseitigen Handelsverkehr der Nachfolgestaaten beziehen und bisher nicht in Kraft getreten sind, praktisch wirksam werden zu lassen. Auf diese Weise soll dem von Venedig betriebenen wirtschaftlichen Donaubundplan der Weg geebnet werden.

Zivildienstpflicht in Italien

Rom, 10. Mai. Der Kriegsminister hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem nach französischem Muster im Mobilmachungsjahr alle Italiener, Männer und Frauen, zwischen 16 und 70 Jahren dem Zivildienst für jede Art von Hilfeleistungen im Interesse der Landesverteidigung unterworfen werden sollen.

Putschversuch in Athen

Athen, 10. Mai. Der frühere General Pangalos und eine Anzahl Offiziere seines Anhangs wurden in Athen verhaftet. Nach der Mitteilung des Innenministeriums habe die Regierung von dem Plan Kenntnis erhalten, daß eine Anzahl öffentlicher Gebäude, sowie das Hotel, in dem Wentzefelos wohnt, auf ein von einem Flugzeug gegebenes Zeichen in die Luft gesprengt werden sollten. Man habe die Verschwörer sich versammelt und durch ein Regierungsflugzeug zum Vorgehen verlocken lassen. In diesem Augenblick seien sie durch versteckte Polizeitruppen verhaftet worden.

Das thüringische Volksbegehren gescheitert

Weimar, 10. Mai. Nach den bisherigen Zählungen sind für das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung des Thüringischen Landtags die erforderlichen 108 000 Stimmen (ein Zehntel der Stimmberechtigten) entfernt nicht erreicht worden. Bei der Reichstagswahl am 14. September v. J. hatten die Kommunisten 129 000 Stimmen aufgebracht.

Umschwung in Bukarest

Bukarest, 10. Mai. Dem Außenminister Ghika ist es gelungen, den Ministerpräsidenten Jorga in bezug auf den Abbruch der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen umzustimmen. Das Blatt Jorgas „Neamul Romanes“ schreibt, an dem Zwischenfall mit Deutschland und der Wiederabreise der deutschen Unterhändlerfrage die rumänische Regierung keine Verantwortung. Es liege für das vorzeitige Eintreffen der Deutschen in Bukarest usw. ein Mißverständnis zugrunde, an dem die rumänische Regierung nicht beteiligt sei. — Seit dem Bekanntwerden der veränderten Haltung Jorgas stimmt die rumänische Regierung nicht beteiligt sei.



